

Krieg führt zu Sondereffekt beim Bürgergeld

Bei den Flüchtlingen aus der Ukraine setzen Stadt und Jobcenter auf den sogenannten Jobturbo

Von Tina Givoni



In Karlsruhe ist die Zahl der Bürgergeld-Bezieher im Sommer 2022 gestiegen, weil seither auch Flüchtlinge aus der Ukraine diese Leistungen erhalten können. Diese Gruppe herausgerechnet, ist die Zahl der Bezieher rückläufig. Hier ein Symbolbild. Foto: Jens Büttner/dpa

Karlsruhe. Lohnt sich Arbeit noch? Über diese Frage wird immer wieder diskutiert, seit in Deutschland nicht mehr Hartz IV, sondern das im Vergleich höhere Bürgergeld bezahlt wird. Mancher fürchtet, dass mehr Menschen Sozialleistungen beziehen. In Karlsruhe könnten aktuell dagegen besonders niedrige Zahlen verbucht werden – gäbe es nicht einen Sondereffekt.

„Wir orientieren uns nicht an Ausgaben, sondern an Aufgaben.“

, Sozialbürgermeister
Martin Lenz

Der Auswertung des Jobcenters zufolge erhalten in der Stadt derzeit 16.439 Menschen Bürgergeld. Es handelt sich um Personen im Alter von bis zu 67 Jahren. Beziehher von Grundsicherung im Alter sind nicht eingerechnet. Haushalte werden als sogenannte Bedarfsgemeinschaften erfasst. Stand Januar waren es in Karlsruhe 9.592.

Zum Vergleich: „Im Jahr 2005 hatten wir rund 11.000 Bedarfsgemeinschaften“, sagt Hans-Peter Kölmel als Geschäftsführer des Karlsruher Jobcenters. Im Mai 2022 war ein Tiefpunkt mit unter 8.500 Bedarfsgemeinschaften erreicht. Dann griff eine Neuerung: Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine beziehen seit Juni 2022 keine Asylleistungen mehr, sondern Bürgergeld.

Ende Januar 2024 gab es so 1.375 ukrainische Bedarfsgemeinschaften in Karlsruhe, bilanziert Kölmel. Insgesamt gehe es um 2.772 Personen, darunter 689 unter 14 Jahren. Insgesamt sind mehr als 5.000 ukrainische Kriegsflüchtlinge in Karlsruhe. Von den Bürgergeldbeziehern im erwerbsfähigen Alter haben nach Angaben von Kölmel 70 bis 80 Prozent einen Berufsabschluss.

Kölmel sagt auch: „Bei den Beratungsgesprächen braucht es manchmal etwas Überzeugungsarbeit, wenn es darum geht, hier niederschwelliger in die Arbeit einzusteigen.“ Denn nicht jeder finde sofort eine Stelle, wie er sie in der Ukraine hatte.

In der Statistik gibt es Kategorien der Qualifizierung: Denen zufolge sind aktuell 1.157 Ukrainer als Helfer eingestuft, 341 als Fachkraft, 144 als Spezialisten, und 175 fallen in ihrer Ausbildung in die höchste Stufe „hochkomplex“.

Weiter ein Thema sind Sprachkurse. Diese besuchen aktuell 843 Männer und Frauen, wobei fast die Hälfte noch maximal drei Monate die Schulbank drücken muss. Gleichzeitig starten das Jobcenter und die Arbeitsagentur ein spezielles Programm unter der Überschrift „Jobturbo“, um mehr Geflüchtete in Arbeit zu bringen. „Es gibt zum Beispiel spezielle Arbeitgebermessen“, sagt Kölmel.

Beratung, Fortbildung, Qualifikation: Darauf setze das Jobcenter bei all ihren Kunden, versichert der Geschäftsführer. Er ist sicher: „Im Grundsatz möchte jeder arbeiten.“ Doch mancher habe schlicht Angst zu versagen.

Das Jobcenter ermögliche unter anderem einen vierwöchigen Probelauf, bei dem sich der Arbeitssuchende und der Arbeitgeber kennenlernen können. „In der Zeit zahlen wir die Leistungen weiter und übernehmen anfallende Fahrkosten.“

Ist jemand sehr lange arbeitslos, kann über Monate hinweg der Lohn vom Jobcenter übernommen werden – was im Idealfall in eine reguläre Beschäftigung mündet. „Jeder Einzelfall, in dem das gelingt, ist ein Riesenerfolg“, sagt Kölmel.

Sein Team hilft den Arbeitslosen beim Erstellen der Bewerbung, übt auch mal ein Bewerbungsgespräch. „Wir müssen immer sehen, wo jemand steht“, verdeutlicht Kölmel: Manchmal fehle schon die Tagesstruktur, bei anderen die Qualifikation oder eben das Selbstvertrauen.

Aus Sicht von Kölmel steht dem Jobcenter ein gutes Portfolio an Maßnahmen zur Verfügung. „Es geht keiner verloren.“ Auch Sozialbürgermeister Martin Lenz (SPD) lobt dieses zielgruppenorientierte Vorgehen.

Die Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Stadt sei hervorragend. „Sonst hätten wir 1.000 Bürgergeld-Bezieher mehr“, ist er sicher. Lenz sagt: „Wir orientieren uns nicht an Ausgaben, sondern an Aufgaben.“

Das Sozialdezernat sei keine Verlustabteilung. „Wir investieren in Menschen.“ Das spare perspektivisch Geld. Beispiel Wohnungslosigkeit: Wenn die Stadt jemanden unterbringen müsse, sei das dreimal so teuer wie das Leben in einer eigenen Wohnung. „Auf eigenen Beinen stehen“, nennt Kölmel dieses Ziel. Er sagt: „Wir und die Stadt ziehen an einem Strang, das merken auch die Verbände und die Arbeitgeber.“

Zu Beginn der Corona-Pandemie habe es Befürchtungen gegeben, dass sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften verdopple. Tatsächlich stieg die Zahl in Karlsruhe von 9.314 im Jahr 2019 auf 9.468 im Jahr 2022, um aber schon 2021 wieder zu sinken und im Mai 2022 dann bei 8.486 anzukommen.